

Wissenschaftliche Schriftleiter:
Dr. Hans Flick, Rechtsanwalt
Dr. Max Rid, Vors. Richter am
Bundesfinanzhof a. D.
Paul G. Flockermann,
Ministerialdirektor
Karl-Heinz Mittelsteiner,
Steuerberater

DStR

DEUTSCHES STEUERRECHT

Heft 10 · Seiten 309–340
30. Jahrgang · 6. März 1992

Wissenschaftliche Schriftleiter:
Walter Ludwig Eckert, Steuerberater
Dr. Walter Niemann,
Rechtsanwalt, Steuerberater
und Wirtschaftsprüfer

Geschäftsführend:
Dipl.-Kfm. Karl-Heinz Sporer

Begründer und Mitwirkende: Steuerberater Walter Ludwig Eckert · Steuerberater und Wirtschaftsprüfer Volker Fasolt
Rechtsanwalt Dr. Hans Flick · Richter am BVerfG Professor Dr. Paul Kirchhof · Präsident des BFH Professor Dr. Franz Klein
Steuerberater Karl-Heinz Mittelsteiner · Steuerberater Dipl.-Volkswirt Dr. h. c. Heinz Sebigier · Professor Dr. Horst Vogel

STEUERRECHT

AUFSÄTZE

Prof. Dr. Dirk E. Meyer-Scharenberg, Steuerberater/Dr. Hans Gunnar Fleischmann, Steuerberater, beide München

Neue gesetzliche Rahmenbedingungen für den Einsatz von Lebensversicherungen bei Finanzierungen

Durch das Steueränderungsgesetz 1992 sind die steuerlichen Rahmenbedingungen für Kapitallebensversicherungen entscheidend verändert worden. Die Änderungen kommen zum Tragen, wenn die Versicherung bei einer Finanzierung zur Tilgung oder als Sicherheit eingesetzt wird. In diesen Fällen kann es bei Nichtbeachtung der neuen Voraussetzungen zum Verlust der Sonderausgabenabzugsmöglichkeit für die Versicherungsprämien und – was wesentlich wichtiger ist – der Steuerfreiheit der Lebensversicherungszinsen (§ 20 Abs. 1 Nr. 6 EStG) kommen. Grundsätzlich ist es auch nach der Neuregelung noch möglich, die Lebensversicherung im Rahmen sog. Tilgungsaussetzungsmodelle einzusetzen. Auch die Aufnahme von Policendarlehen ist nach wie vor möglich. Allerdings sind in beiden Fällen bestimmte Spielregeln zu beachten. Im Detail läßt der Gesetzeswortlaut eine Vielzahl von Zweifelsfragen offen.

1. Neues Gesetz

Im Gegensatz zum ersten Gesetzentwurf, der den Einsatz von Lebensversicherungen zur Tilgung oder Sicherung eines Darlehens radikal einschränkte, bringt die endgültige Fassung im StÄndG 1992 eine zwar komplizierte, aber weniger restriktive Lösung. Nach dem neuen § 10 Abs. 2 EStG entfällt der Sonderausgabenabzug der Lebensversicherungsprämien und es werden sämtliche Zinsen aus der Lebensversicherung steuerpflichtig,

„wenn die Ansprüche aus Versicherungsverträgen während deren Dauer im Erlebensfall der Tilgung oder Sicherung eines Darlehens dienen, dessen Finanzierungskosten Betriebsausgaben oder Werbungskosten sind, es sei denn,

- a) das Darlehen dient unmittelbar und ausschließlich der Finanzierung von Anschaffungs- oder Herstellungskosten eines Wirtschaftsgutes, das dauernd zur Erzielung von Einkünften bestimmt und keine Forderung ist und die ganz oder zum Teil zur Tilgung oder Sicherung verwendeten Ansprüche aus Versicherungsverträgen übersteigen nicht die mit dem Darlehen finanzierten Anschaffungs- oder Herstellungskosten,
- b) es handelt sich um eine Direktversicherung oder
- c) die Ansprüche aus Versicherungsverträgen dienen insgesamt nicht länger als drei Jahre der Sicherung betrieblich veranlaßter Darlehen; in diesen Fällen können die Versicherungsbeiträge in den Veranlagungszeiträumen nicht als Sonderausgaben abgezogen werden, in denen die Ansprüche aus Versicherungsverträgen der Sicherung des Darlehens dienen.“

Das bedeutet: Die Tilgung eines Bankdarlehens, das zur Finanzierung einer langlebigen Investition (Immobilie, Beteiligung, Maschine) dient, kann ausgesetzt und durch die Ablaufleistung einer (mindestens 12 Jahre laufenden) Lebensversicherung getilgt werden. Wie bisher bleiben die – konstanten – Zinsen des Bankdarlehens als Betriebsausgaben oder Werbungskosten abzugsfähig, wie bisher sind die Lebensversicherungsprämien Sonderausgaben und der in der Ablaufleistung der Lebensversicherung enthaltene Zinsanteil steuerfrei. Der Teufel steckt allerdings im Detail. Das Gesetz trifft drei Einschränkungen:

- (1) Die Investition muß „dauernd zur Erzielung von Einkünften bestimmt und keine Forderung“ sein.
- (2) Das Bankdarlehen muß „unmittelbar und ausschließlich“ der Finanzierung begünstigter Investitionen dienen.
- (3) Die zur Tilgung oder Sicherung verwendeten Ansprüche aus Versicherungsverträgen dürfen nicht die „Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten“ des Investitionsobjektes übersteigen.

2. Voraussetzungen für eine steuerunschädliche Verwendung von Versicherungsansprüchen bei der Finanzierung

2.1 Verwendung der Ansprüche zur Finanzierung

Ansprüche aus Versicherungsverträgen sind die Summe aller am Ende der Laufzeit eines Versicherungsvertrages vom Versicherer zu erbringenden Leistungen. Diese Ansprüche entstehen pro rata temporis über die Versicherungslaufzeit und schlagen sich für den Versicherungsnehmer in einer kontinuierlichen Erhöhung des sog. Rückkauf- und Beileihungswertes seiner Versicherung erkennbar nieder. Während der Dauer der Versicherung können diese latenten Ansprüche auf zwei Arten für Finanzierungen eingesetzt werden, nämlich zur Sicherung und zur Tilgung.

Werden die Versicherungsansprüche ganz oder teilweise im Wege der stillen oder offenen Zession an einen Kreditgeber abgetreten, dienen die Ansprüche der Sicherung eines Darlehens. Das besicherte Ursprungsdarlehen soll im folgenden als Bankdarlehen bezeichnet werden. Natürlich kann es sich auch

AUFSÄTZE

um Darlehen anderer Gläubiger handeln. Ein Einsatz zur Sicherung liegt dagegen u. E. nicht vor, wenn der Kreditnehmer gegenüber seiner Bank lediglich eine sog. Negativklausel unterschreibt, wonach er die Lebensversicherung auch an keinen anderen Gläubiger abtreten wird.

Während der Dauer der Versicherung können die noch nicht fälligen Ansprüche aber auch – indirekt – zur Tilgung eines (Bank-)Darlehens eingesetzt werden. Das geschieht in der Weise, daß der Versicherungsnehmer bei seiner Versicherungsgesellschaft laufend sog. Policendarlehen beantragt, was bis zur Höhe des aktuellen, jährlich wachsenden Beleihungswertes möglich ist. Die Policendarlehen werden zur Tilgung des Bankkredites verwendet. Es kommt also zu einer Umschuldung des Ursprungsdarlehens von der Bank auf die Lebensversicherung. Da die Zinsen für die Policendarlehen meist unter den üblichen Bankzinsen liegen, ergibt sich eine Zinssenkung, weshalb man bei dieser Art der Finanzierung nicht von einem Zinsaufblähungs-, sondern von einem Zinssenkungsmodell spricht. Am Ende der Laufzeit entspricht die Summe der Policendarlehen der ursprünglichen Schuldaufnahme. Die Tilgung der Policendarlehen erfolgt auf einen Schlag durch Verrechnung mit der Ablaufleistung der Lebensversicherung.

Ein Policendarlehen kann auch unmittelbar zur Finanzierung einer Investition herangezogen werden. Für die Aufnahme des Darlehens bedarf es keiner zusätzlichen Sicherheiten. Denn die latenten Ansprüche des Versicherungsnehmers auf die Ablaufleistung stehen der Lebensversicherungsgesellschaft als Sicherheit zur Verfügung. Daraus folgt aber auch, daß jede Aufnahme eines Policendarlehens immer auch den Einsatz der Versicherungsansprüche zur Sicherung einer Finanzierung bedeutet. Das bedeutet weiter, daß auch die Aufnahme eines Policendarlehens – je nach Verwendung der Mittel – steuerschädlich sein kann.

Auf keinen Fall liegt ein potentiell steuerschädlicher Einsatz der Versicherungsansprüche zur Tilgung vor, wenn die Ablaufleistung der Versicherung erst nach der Beendigung des Vertrages im Erlebensfall oder nur im Todesfall dazu verwendet wird, einen Kredit zu tilgen. Denn das Gesetz betrifft ausdrücklich nur den Einsatz der Ansprüche aus Versicherungen „während deren Dauer“.

2.2 Begünstigte Investitionsobjekte

2.2.1 Investition im Anlagevermögen

Der Einsatz von Lebensversicherungsansprüchen zur Sicherung oder Tilgung eines (Bank-)Darlehens ist nur dann unschädlich, wenn das (Bank-)Darlehen der Finanzierung eines Wirtschaftsgutes dient, das dauerhaft zur Einkunftserzielung bestimmt und keine Forderung ist. Unschädlich ist daher der Einsatz von Versicherungsansprüchen im Zusammenhang mit der Finanzierung von Anlagevermögen. Begünstigt ist nicht nur die Anschaffung und Herstellung von immateriellen und materiellen Wirtschaftsgütern, sondern auch die Anschaffung von Finanzanlagen, sofern sie keine Forderungen sind.

Schädlich ist der Einsatz von Versicherungsansprüchen im Zusammenhang mit (Bank-)Darlehen, die der Finanzierung von Umlaufvermögen dienen. Auch die Finanzierung sofort abziehbarer Betriebsausgaben oder Werbungskosten unter Einschaltung einer Lebensversicherung wäre schädlich. Dadurch wird insbesondere die Attraktivität von Zwei-Konten-Modellen eingeschränkt.

Beispiel:

Ein Einzelunternehmer sammelt alle Betriebseinnahmen auf einem Bankkonto und tätigt alle Betriebsausgaben von einem zweiten Konto-

korrentkonto. Das Einnahmenkonto ist grundsätzlich im Plus, das Ausgabenkonto ständig im Minus. Durch die Kontentrennung stellt er sicher, daß alle Zinsaufwendungen abzugsfähig bleiben. Vom Einnahmenkonto tätigt er seine Privatentnahmen. Die nicht benötigte Liquidität verwendet er nicht zur Abdeckung des Schuldkontos, sondern zur Einzahlung in eine Kapitallebensversicherung.

Das Zwei-Konten-Modell ist vorteilhaft, wenn der Zinsaufwand *nach Steuern* geringer ist als die *steuerfreien* Zinsen auf die Lebensversicherung. Ein solches Zinsdifferenzmodell ließ sich in der Vergangenheit noch dadurch optimieren, daß der Einzelunternehmer bei seiner Lebensversicherung ein zinsgünstiges Policendarlehen aufnahm, um damit den teuren Kontokorrentkredit abzulösen. Nach neuem Recht ist eine solche Umschuldung steuerschädlich, weil Betriebsausgaben statt Anschaffungs- oder Herstellungskosten finanziert werden.

2.2.2 Investitionen im Privatvermögen

Nach der ursprünglichen Formulierung des Gesetzentwurfs sollten alle Investitionen „außerhalb des Umlaufvermögens“ begünstigt sein. Im Bereich der Überschubeinkünfte spielt die Unterscheidung zwischen Anlage- und Umlaufvermögen keine Rolle, es gibt nur das Privatvermögen. Bei Investitionen im Privatvermögen hätte daher jede Anschaffung oder Herstellung eines Wirtschaftsgutes außerhalb des Umlaufvermögens gelegen. Es wäre demnach – anders als im Betriebsbereich – nicht darauf angekommen, ob eine Investition kurz- oder langfristiger Natur gewesen wäre. Durch die neue Formulierung ist dieses Problem beseitigt worden. Nur langfristige Investitionen sind begünstigt.

Beispiel:

A erwirbt ein Mietshaus oder eine Gewerbeimmobilie. Den Kaufpreis finanziert er

- (1) über ein Policendarlehen.
- (2) über einen Bankkredit, dessen Tilgung ausgesetzt ist. Zur Sicherung des Bankkredits hat A seine Lebensversicherung an die Bank abgetreten.

Diese Finanzierungen sind unschädlich.

2.2.3 Keine Forderungen

Nach der ursprünglichen Fassung des Gesetzentwurfs hätten auch langfristig der Einkunftserzielung dienende Forderungen weiterhin unter Einschaltung von Kapitallebensversicherungen finanziert werden können. Insbesondere refinanzierte Berlin-Darlehen hätten mit einer Tilgungsaussetzung verbunden werden können. Derartige Finanzierungen sind nach der neuen Formulierung eindeutig schädlich. Da die Steuervergünstigungen für Berlin-Darlehen jedoch mit Ablauf des Jahres 1991 ausgelaufen sind, muß es einen anderen Grund für die Änderung geben. Möglicherweise plant man schon eine Neuauflage dieses Kapitalbeschaffungsinstruments in Gestalt von steuerbegünstigten Ost-Darlehen.

Betroffen von der Neuformulierung sind aber nicht nur Darlehensforderungen. Auch Schuldverschreibungen und festverzinsliche Wertpapiere wird man unter den Begriff „Forderungen“ fassen müssen. Andererseits ist der Begriff nicht identisch mit dem der Finanzanlagen. Somit dürften insbesondere Beteiligungen an Kapitalgesellschaften und Investmentzertifikate nicht betroffen sein. Ob das gleiche auch für stille Beteiligungen gilt, erscheint zweifelhaft. Unschädlich ist auch der Einsatz von Kapitallebensversicherungen zur Finanzierung einer Einmalprämie für eine Rentenversicherung mit steuerpflichtigem Ertragsanteil bzw. die Absicherung eines Bankkredits, der zur Finanzierung der Einmalprämie aufgenommen wurde. Denn ein Rentenstammrecht ist keine Forderung.

AUFsätze

2.3 Unmittelbar und ausschließlich

Steuerunschädlich ist der Einsatz einer Lebensversicherung nur – das ist die zweite Einschränkung, die das Gesetz trifft –, wenn das (Bank-)Darlehen „unmittelbar und ausschließlich“ der Finanzierung begünstigter Investitionen dient.

2.3.1 Ausschließlichkeit

Das (Bank-)Darlehen muß „ausschließlich“ der Finanzierung von begünstigten Wirtschaftsgütern dienen. Eine gleichzeitige Finanzierung von Anlage- und Umlaufvermögen oder Betriebsausgaben bzw. Werbungskosten ist daher steuerschädlich. Problematisch ist deshalb der Einsatz von Lebensversicherungen bei der Finanzierung des Erwerbs von Mitunternehmeranteilen.

Beispiel:

Herr A erwirbt einen Mitunternehmeranteil von B. Den Kaufpreis finanziert er

- (1) über ein Policendarlehen.
- (2) über einen Bankkredit, dessen Tilgung ausgesetzt ist. Zur Sicherung des Bankkredits hat A seine Lebensversicherung an die Bank abgetreten.

Handelsrechtlich stellen Anteile an Personengesellschaften zweifellos Vermögensgegenstände des Anlagevermögens dar, die unter den Finanzanlagen als Beteiligungen auszuweisen sind. So betrachtet ist die Einschaltung einer Lebensversicherung bei der Finanzierung der Anschaffungskosten eines Mitunternehmeranteils unschädlich. Steuerrechtlich treten Mitunternehmeranteile jedoch nicht als selbständige Wirtschaftsgüter in Erscheinung. So kann auf einen Mitunternehmeranteil beispielsweise keine Teilwertabschreibung vorgenommen werden. Gegenstand der Anschaffung ist steuerrechtlich nicht die Beteiligung, sondern es sind die anteiligen Wirtschaftsgüter des Betriebsvermögens, die erworben werden. Da wohl jeder Betrieb neben Anlage- auch Umlaufvermögen besitzt, dient der zur Finanzierung der Anschaffungskosten aufgenommene Kredit nicht „ausschließlich“ der Finanzierung begünstigter Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens, sondern immer auch der Anschaffung nicht begünstigter Wirtschaftsgüter des Umlaufvermögens. So betrachtet wäre der Einsatz von Ansprüchen aus Lebensversicherungen beim Erwerb von Mitunternehmeranteilen stets steuerschädlich. Dieses Ergebnis kann aber wohl kaum gewollt sein. Beim Erwerb ganzer Betriebe und Teilbetriebe läßt sich der Einsatz der Lebensversicherung bei der Finanzierung dadurch auf das Anlagevermögen beschränken, daß Anlage- und Umlaufvermögen durch verschiedene Kredite finanziert und die Lebensversicherung gezielt nur bei der Finanzierung des Anlagevermögens eingesetzt wird. Aus Gründen der Vorsicht sollte beim Kauf eines Mitunternehmeranteils entsprechend vorgegangen werden.

Entsprechende Fragen ergeben sich beim Gesellschafterwechsel in einem geschlossenen Immobilienfonds.

Beispiel:

Einer vermögensverwaltenden Personengesellschaft treten weitere Personen bei. Die Einlage der neu eingetretenen Gesellschafter wird zur Tilgung von Schulden der Gesellschaft verwendet.

In einem solchen Beitritt kann man die Anschaffung einer Beteiligung oder die (anteilige) Anschaffung der zum Gesellschaftsvermögen gehörenden Wirtschaftsgüter sehen. Sollten durch den Beitritt zu der vermögensverwaltenden Personengesellschaft außer der Immobilie noch weitere Wirtschaftsgüter erworben werden (Mietforderungen, Bankguthaben), könnte hierin eine schädliche Mitfinanzierung nicht begünstigter Wirtschaftsgüter gesehen werden.

2.3.2 Unmittelbarkeit

Nach dem Bericht des Finanzausschusses liegt eine mittelbare und damit schädliche Verwendung der Versicherungsansprüche vor, wenn Zinsen auf das Ursprungsdarlehen abgesichert oder getilgt werden: „Werden mit dem zur Tilgung oder Sicherung verwendeten Teil der Ansprüche aus dem Versicherungsvertrag Finanzierungskosten (z. B. Schuldzinsen) für Wirtschaftsgüter außerhalb des Umlaufvermögens aufgebracht, handelt es sich um eine nur mittelbare Finanzierung, die steuer-schädlich ist.“

Fraglich könnte darüber hinaus sein, ob die Umschuldung von teuren (Bank-)Darlehen in günstige Policendarlehen schädlich ist, weil die Policendarlehen nicht mehr „unmittelbar“ der Finanzierung begünstigter Anschaffungs- und Herstellungskosten, sondern der Umschuldung dienen. Grundsätzlich ist die Verwendung eines Policendarlehens zur Tilgung eines (Bank-)Darlehens, dessen Finanzierungskosten Betriebsausgaben oder Werbungskosten sind, zwar steuerschädlich. Das gilt aber u. E. nicht, wenn das (Bank-)Darlehen unmittelbar und ausschließlich der Finanzierung von Anschaffungs- oder Herstellungskosten eines begünstigten Wirtschaftsgutes dient und die Policendarlehen die mit dem (Bank-)Darlehen finanzierten Anschaffungs- oder Herstellungskosten nicht übersteigen. Zinsverbilligungsmodelle ohne Zinsaufblähungscharakter sind daher nicht steuerschädlich, wenn das Bankdarlehen der Finanzierung begünstigter Investitionen gedient hat.

2.4 Begrenzung auf Anschaffungs- und Herstellungskosten

Die ganz oder zum Teil zur Tilgung oder Sicherung verwendeten Ansprüche aus Versicherungsverträgen dürfen nicht – das ist die dritte Einschränkung – die mit dem ursprünglichen (Bank-)Darlehen finanzierten „Anschaffungs- oder Herstellungskosten“ übersteigen. Zulässig ist demnach nur noch die hundertprozentige Finanzierung der Anschaffungs- oder Herstellungskosten unter Tilgungsaussetzung, die Umschuldung durch Einsatz von Policendarlehen und die unmittelbare Investitionsfinanzierung mit Policendarlehen jeweils bis zur Höhe der ursprünglichen Anschaffungs- und Herstellungskosten. Dagegen sind Zinsaufblähungsmodelle – zumindest in der bisherigen direkten Form – nicht mehr durchführbar.

Beispiel:

Die Bank verzichtet nicht nur auf die laufende Tilgung des Darlehens, sondern finanziert die laufenden Zinsaufwendungen über einen zusätzlichen Kontokorrentkredit. Damit kommt es zu einer Schulden- und Zinsaufblähung. Die Versicherungssumme wird so bemessen, daß die Ablaufleistung neben der Tilgung des Ursprungsdarlehens auch die Tilgung der auflaufenden Zinsen und Zinseszinsen abdeckt.

Da die zur Sicherung abgetretene Lebensversicherung in einem solchen Fall stets sowohl der Sicherung des Ursprungsdarlehens als auch des Kontokorrentkredits dient, liegt eine schädliche Verwendung von Anfang an vor. In Zukunft muß der Kontokorrentkredit ohne Einsatz der Lebensversicherung auf andere Art und Weise gesichert werden, um den Verlust der Steuerprivilegien der Lebensversicherung zu vermeiden.

Beim Annuitätenrefinanzierungsmodell wird die volle Annuität, d. h. Zins und Tilgung, durch ein Policendarlehen finanziert. Die Summe aus Rest(bank)darlehen und Policendarlehen übersteigt somit die ursprünglich finanzierten Anschaffungs- oder Herstellungskosten. Eine über die bloße Umschuldung hinausgehende Mitfinanzierung der in der Annuität enthaltenen Bankzinsen ist schädlich. In Zukunft darf mit dem Policendarlehen nicht wie bisher üblich die gesamte Annuität, sondern nur noch der darin enthaltene Tilgungsanteil finanziert

AUFSÄTZE

werden. Der Zinsanteil kann nicht durch das Policendarlehen mitfinanziert werden. Das schließt allerdings nicht aus, daß eine Bank die Refinanzierung der fälligen Zinsen auf das Ursprungsdarlehen übernimmt. In diesem Fall darf jedoch keine Lebensversicherung zur Sicherung oder Tilgung des Zinsrefinanzierungskredites eingesetzt werden.

Die Begrenzung auf die Anschaffungs- und Herstellungskosten kann nicht durch den Abschluß mehrerer Versicherungen umgangen werden. Denn nach dem Bericht des Finanzausschusses bezieht sich die Begrenzung auf die Höhe der Anschaffungs- und Herstellungskosten nicht auf den einzelnen Versicherungsvertrag, sondern auf die Summe aller bei der Finanzierung eingesetzten Versicherungen. „Deshalb ist es auch steuer-schädlich, wenn mehrere Versicherungen zur Tilgung oder Sicherung der Finanzierung eingesetzt werden und die Summe der zur Tilgung oder Sicherung verwendeten Teile der Ansprüche aus den Versicherungsverträgen die Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten übersteigt, obwohl der zur Tilgung oder Sicherung verwendete Teil des Anspruchs aus jedem einzelnen Versicherungsvertrag die Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten des Wirtschaftsgutes nicht übersteigt.“ Diese Auffassung ist mit dem Gesetzeswortlaut vereinbar.

Zu einer schädlichen Verwendung kann auch die in der Praxis häufig gewählte Mitfinanzierung sofort abzugsfähiger Werbungskosten bzw. Betriebsausgaben führen.

Beispiel:

Ein Investor finanziert die gesamten Anschaffungskosten einer Immobilie und zusätzlich das Disagio, das als Werbungskosten abziehbar ist, durch einen Bankkredit, dessen Tilgung ausgesetzt wird. Als Sicherheit schließt er eine Lebensversicherung ab, deren Versicherungssumme so bemessen wird, daß die Ablaufleistung zur Tilgung des Bankdarlehens ausreicht.

In solchen Fällen muß ausgeschlossen werden, daß die Versicherung auch der Sicherung des über die Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten hinausgehenden Teils der Schuld dient. Dies kann durch eine betragsmäßige Beschränkung der Abtretung erreicht werden. Eine solche Beschränkung sollte immer erfolgen. Denn eine schädliche Verwendung ist auch vorstellbar, ohne daß das (Bank-)Darlehen die Anschaffungs- und Herstellungskosten überschreitet. So könnten bei derselben Bank neue Schulden entstehen, für die die Versicherung aufgrund allgemeiner Geschäftsbedingungen als Sicherheit dient. Eine ungewollte schädliche Verwendung der Versicherungsansprüche läßt sich nur dann sicher ausschließen, wenn die Abtretung stets auf die ursprünglichen Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten begrenzt wird.

3. Sonderregelung bei kurzfristig schädlicher Verwendung

Grundsätzlich führt jede auch nur kurzfristige und geringfügige schädliche Verwendung von Versicherungsansprüchen zum Verlust des Sonderausgabenabzugs und der Steuerbefreiung für die gesamte Vertragslaufzeit. Die steuerschädliche Verwendung stellt ein Ereignis mit Wirkung für die Vergangenheit i. S. d. § 175 AO dar, so daß bestandskräftige Steuerbescheide noch geändert werden können. Eine Rückwirkung über den Veranlagungszeitraum 1992 hinaus ist allerdings ausgeschlossen, da die Neuregelung erstmals auf den Veranlagungszeitraum 1992 anzuwenden ist.

Von dieser Regel gibt es gem. § 10 Abs. 2 Buchstabe c EStG n. F. eine Ausnahme für den Fall, daß die schädliche Verwendung im Zusammenhang mit einem *betrieblichen* Darlehen steht. Die Ausnahme soll (nur) Unternehmern ermöglichen, bei Liquiditätsschwierigkeiten Lebensversicherungen zur Fi-

nanzierung von Umlaufvermögen und laufenden Betriebsausgaben einzusetzen. Durch Aufnahme von Policendarlehen können also derartige Aufwendungen unmittelbar finanziert werden. Außerdem ist es möglich, teure Kontokorrentkredite für begrenzte Zeit durch Policendarlehen abzulösen oder die Versicherung zur Absicherung eines Betriebsmittelkredits an die Bank abzutreten. Für den Bereich der Überschubeinkünfte gibt es keine solche Ausnahmeregelung. Hier führt jede schädliche Verwendung ausnahmslos, vollständig und rückwirkend zum Verlust der Steuerprivilegien. Die Beschränkung der Sonderregelung auf den betrieblichen Bereich erscheint sachlich nicht gerechtfertigt.

Die schädliche Verwendung darf einen Zeitraum von „insgesamt“ drei Jahren nicht überschreiten. Jede schädliche Verwendung führt zum Verlust der Steuerprivilegien für den gesamten Veranlagungszeitraum, d. h. schon ein Tag schädlicher Verwendung genügt.

Beispiel:

Ein Unternehmer nimmt am 30. 12. 1992 ein Policendarlehen auf, um einen Betriebsmittelkredit auf die genehmigte Kreditlinie zurückzuführen. Am 2. 1. 1995 zahlt er das Policendarlehen zurück. Die schädliche Verwendung endet vor Ablauf der Dreijahresfrist. Somit gehen die Steuerprivilegien nicht insgesamt, sondern nur für die Dauer der schädlichen Verwendung verloren. Da jede auch noch so kurzfristige schädliche Verwendung zum Verlust der Steuerprivilegien für den gesamten Veranlagungszeitraum führt, sind die in den Jahren 1992–1995 gutgeschriebenen Zinsen steuerpflichtig, die Versicherungsprämien nicht als Sonderausgaben abziehbar.

Das Wort „insgesamt“ läßt vermuten, daß wiederholte Unterbrechungen möglich sind. Die Summe aller schädlicher Verwendungen darf aber einen Zeitraum von drei Jahren nicht überschreiten, d. h. die Summe der Tage, an denen eine schädliche Verwendung vorlag, darf 1095 Tage nicht übersteigen. Damit ist allerdings noch nicht viel gewonnen.

Wer während der Laufzeit der Versicherung jedes Jahr ein Policendarlehen für wenige Tage oder Wochen zur Überbrückung von Finanzierungsschwierigkeiten in Anspruch nimmt, ohne insgesamt die 1095 Tage zu überschreiten, fällt zwar unter die Sonderregelung. Trotzdem verliert er den Sonderausgabenabzug und die Steuerbefreiung für alle Jahre, da in jedem Jahr der Vertragslaufzeit wenigstens ein Tag mit schädlicher Verwendung vorlag.

Kommt es zum partiellen Verlust der Steuerbefreiung der Zinsen, sind nur diejenigen Zinsen zu versteuern, die in Veranlagungszeiträumen gutgeschrieben werden, in denen der Sonderausgabenabzug zu versagen ist. Schlußgewinne und andere Gutschriften, die nachträglich für den Zeitraum der schädlichen Verwendung erfolgen, sind nicht betroffen.

4. Meldepflicht für Sicherungsnehmer und Versicherungen

Im Falle einer schädlichen Verwendung der Lebensversicherung muß die Versicherungsgesellschaft im Jahr der Auszahlung der Versicherungssumme Kapitalertragsteuer einbehalten und an ihr Finanzamt abführen. Da die Versicherungsunternehmen in vielen Fällen keine Kenntnis von der Verwendung der Versicherung bei der Finanzierung haben bzw. die Steuer-schädlichkeit der Verwendung nicht abschließend beurteilen können, besteht eine Verpflichtung zur Einbehaltung von Kapitalertragsteuer und damit die Haftung für diese Steuer grundsätzlich nur, sofern der Versicherung eine Mitteilung des Finanzamts zugegangen ist, in der die Steuerschädlichkeit der Verwendung festgestellt wird.

Damit die Finanzbehörden prüfen können, ob eine steuer-schädliche Verwendung einer Versicherung im Zusammen-

AUFSÄTZE

hang mit Finanzierungen vorliegt, wurde eine Anzeigepflicht für Sicherungsnehmer eingeführt. Nach § 29 EStDV sind Sicherungsnehmer zu einer Anzeige verpflichtet, wenn Ansprüche aus Lebensversicherungsverträgen nach dem Inkrafttreten der Neuordnung zur Tilgung oder Sicherung von Darlehen eingesetzt werden, die den Betrag von 50 000 DM übersteigen. Maßgeblich ist die Höhe des Bank- bzw. Policendarlehens. Bei Abtretungen kommt es nicht auf den Umfang der Abtretung, die Versicherungssumme oder die Ablaufleistung, sondern nur auf die Höhe des Ursprungsdarlehens an.

Die Anzeige hat unverzüglich nach amtlich vorgeschriebenem Muster gegenüber dem für den Sicherungsnehmer zuständigen Finanzamt zu erfolgen. Im Falle der Gewährung von Policendarlehen ist die Versicherung u. E. selbst zur Anzeige verpflichtet. Unterläßt die Versicherung die Anzeige, haftet sie auch ohne Mitteilung durch das Finanzamt für die einzubehaltende Kapitalertragsteuer¹.

Da ausländische Sicherungsnehmer zu einer Anzeige an deutsche Finanzbehörden nicht verpflichtet werden können, trifft die Mitteilungspflicht in den Fällen, in denen der Sicherungsnehmer Wohnsitz, Sitz oder Geschäftsleitung im Ausland hat, die Versicherungsgesellschaft. Das setzt voraus, daß die Versicherung von der Abtretung der Versicherungsansprüche Kenntnis erlangt hat, was bei einer stillen Zession nicht der Fall sein muß.

5. Vertrauensschutzregelung

Als Stichtag für das Inkrafttreten der Neuordnung war ursprünglich der 8. 11. 1991 vorgesehen. Durch die nachträgliche Verschärfung der Bestimmungen im Hinblick auf den Abschluß von Forderungen und kurzfristigen Investitionen im Privatbereich aus dem Kreis der begünstigten Investitionen konnte dieser Stichtag nicht beibehalten werden. Er wurde ersetzt durch den „Tag des Gesetzesbeschlusses des Deutschen Bundestages aufgrund des Ergebnisses des Vermittlungsausschusses.“ Dies ist der 14. 2. 1992.

Für schädliche Finanzierungen, die vor dem 14. 2. 1992 verwirklicht wurden, enthält das Gesetz eine Vertrauensschutzregelung². Danach ist die Neuordnung erstmals auf Versicherungsverträge anzuwenden, bei denen die Ansprüche aus dem Versicherungsvertrag nach dem Stichtag 14. 2. 1992 zur Tilgung oder Sicherung eines Darlehens dienen, es sei denn, der Steuerpflichtige weist nach, daß bis zu diesem Zeitpunkt die Darlehensschuld entstanden war und er sich verpflichtet hatte, die Ansprüche aus dem Versicherungsvertrag zur Tilgung oder Sicherung einzusetzen. Es sind also drei Voraussetzungen zu erfüllen:

- (1) Die Darlehensschuld muß vor dem Stichtag entstanden sein.
- (2) Die Lebensversicherung muß vor dem Stichtag abgeschlossen worden sein.
- (3) Die Verpflichtung, die Ansprüche aus der Versicherung zur Sicherung oder Tilgung einzusetzen, muß vor dem Stichtag entstanden sein.

Zu (1): Gegenüber dem ersten Entwurf ist neu, daß es auf den Zeitpunkt der Entstehung der Darlehensschuld ankommt. Fraglich ist, ob es für die Entstehung auf die zivilrechtliche Verpflichtung oder die Entstehung im bilanzrechtlichen Sinne ankommt. Im ersten Fall würde es genügen, wenn alle wesentlichen Konditionen des Darlehens vor dem Stichtag ausgehandelt waren. Im zweiten Fall wäre die Auszahlung des Darlehens vor dem 14. 2. 1992 erforderlich. Ist die Darlehensschuld erst nach dem 14. 2. 1992 „entstanden“, gelten die neuen Vorschriften.

Beispiel:

Ein Unternehmer hat zur Finanzierung seines Warenlagers vor dem 14. 2. 1992 einen Betriebsmittelkredit mit der Bank fest vereinbart und seine Lebensversicherung zur Sicherheit abgetreten. Um Zinskosten zu sparen, soll die Auszahlung des Darlehens erst bei Lieferung der Ware erfolgen. Die Lieferung trifft am 20. 2. 1992 ein. Kommt es auf die bilanzrechtliche Betrachtung an, wäre die Verwendung der Lebensversicherung steuerschädlich.

Zu (2): Nach dem sog. Drei-Monats-Erlaß gilt als steuerliches Abschluß-Datum der Tag des technischen Versicherungsbeginns, sofern die Policierung innerhalb von drei Monaten nach diesem Stichtag erfolgt.

Zu (3): Neben der Darlehensschuld muß auch die Verpflichtung, die Versicherungsansprüche zur Sicherung oder Tilgung einzusetzen, vor dem 14. 2. 1992 bestanden haben. Wird eine Lebensversicherung erst nach dem 14. 2. 1992 zur Sicherung abgetreten, kommt die Übergangsregelung nicht mehr zur Anwendung. Wurde ein Kredit, z. B. im Rahmen eines Zwei-Konten-Modells, zwar mit Rücksicht auf das Vorhandensein einer Lebensversicherung aber ohne deren Abtretung tilgungsfrei gestellt, greift die Übergangsregelung nicht ein, wenn die Versicherung auf Verlangen der Bank nach dem 14. 2. 1992 abgetreten wird. Die nachträgliche Abtretung kann also steuerschädlich sein, wenn das abgesicherte Darlehen aus einer schädlichen Verwendung entstammt.

Fraglich ist, inwieweit Zinsaufblähungsmodelle durch die Übergangsregelung geschützt werden. Die Antwort hängt davon ab, ob man die Übergangsregelung nur auf das ursprüngliche (Bank-)Darlehen oder auch auf die stets nach dem Stichtag entstehenden Zinsverbindlichkeiten anwendet.

Beispiel:

Mit der Bank wurde eine Tilgungsaussetzung und die laufende Refinanzierung der Darlehenszinsen über einen Kontokorrentkredit vereinbart. Die Tilgung beider Kredite soll durch eine Lebensversicherung erfolgen. Die Versicherungssumme wurde so bemessen, daß die Ablaufleistung neben der Tilgung des Ursprungsdarlehens auch die Tilgung der auflaufenden Zinsen und Zinseszinsen abdeckt.

Da sowohl das Ursprungsdarlehen als auch der Kontokorrentkredit dem Grunde nach vor dem 14. 2. 1992 entstanden sind, läßt sich die Ansicht vertreten, daß beide Kredite unter die Übergangsregelung fallen. Der Umstand, daß sich die Höhe der Schulden verändern, wäre demnach als unbeachtlich anzusehen.

Schwieriger zu beurteilen ist der Fall der Refinanzierung fälliger Annuitäten durch Policendarlehen. Auch hier muß vor dem 14. 2. 1992 eine vertragliche Verpflichtung bestanden haben, das Finanzierungsmodell wie geplant weiterzuführen. Bestehen solche Verpflichtungen, stellt sich die weitere Frage, ob die Refinanzierung deshalb schädlich sein könnte, weil es sich bei den in der Annuität enthaltenen Zinsanteilen um Verbindlichkeiten handelt, die sowohl dem Grunde als auch der Höhe nach erst nach dem maßgeblichen Stichtag entstanden sind. Die gegenüber der Bank eingegangene Verpflichtung, Zins und Tilgung durch Einsatz von Policendarlehen zu begleichen, würde die Schädlichkeit der Verwendung der Versicherung dann nicht verhindern. Nach anderer Ansicht ist die Mitfinanzierung der Zinsverbindlichkeiten unschädlich, weil es nach dem Wortlaut der Übergangsregelung nur darauf ankommt, daß das (Bank-) Darlehen vor dem Stichtag entstanden ist. Die laufend anfallenden Zinsschulden begründen lediglich Nebenschulden, die das Schicksal der Hauptschuld teilen. Hierüber ist ein (Finanz-) Streit vorprogrammiert. ■

1) § 43 Abs. 1 Nr. 4 EStG n. F.

2) § 52 Abs. 13a Satz 4 ff. EStG n. F.